

## **Grünes Grundsatzpapier Gewässerpolitik – Damit Baden in der Spree keine Vision bleibt.**

Fassung 18.05.2015 unter Mitarbeit von Silke Gebel (MdA), Hartwig Berger, Sönke Hellberg.

Die Spree gehört zu Berlin wie das Brandenburger Tor, der Alexanderplatz oder das Tempelhofer Feld. Sie ist seit jeher eine wichtige Lebensader für Berlin. Die Berliner Band Seeed bringt es auf den Punkt: „Dickes B an der Spree“. Sie prägt zusammen mit den Seen, Kanälen und anderen Flüssen das Stadtbild des Venedigs des Nordens. Die Stadt Berlin lebt an, mit und von „ihrem“ Wasser: alle Brunnen, die uns mit Trinkwasser versorgen, liegen in der Stadt. Unsere Gewässer zu schützen und die Qualität der Ressource Wasser zu sichern, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Dies wird entscheidend sein für die Zukunft unserer Stadt. Es ist nicht nur die Basis für gutes und bezahlbares Trinkwasser, sondern auch wichtig für unser Stadtklima, die Attraktivität Berlins und für die Heimat zahlreicher Tiere und Pflanzen.

Dafür brauchen wir einen Senat, der einen ökologischen Gestaltungsanspruch hat und starke Partner in der hiesigen Wasserwirtschaft. Mit über 600 Unternehmen und zahlreichen MitarbeiterInnen ist diese Branche ein wichtiger Faktor für ökologischen Wandel in der Stadt. Dem größten Wasserunternehmen, den Berliner Wasserbetriebe, die endlich wieder der Stadt gehören, kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen die Wasserbetriebe noch stärker als Umweltunternehmen ausbauen und die Mitwirkung der Berlinerinnen und Berliner in den Strukturen des Unternehmens stärken.

In diesem Jahr steht die Entwicklung des Bewirtschaftungsplans bis 2021 im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie an. Ziel ist es, die Berliner Gewässer annähernd in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Berlin darf hier nicht zögerlich sein, bis zu diesem Ziel ist es noch ein weiter Weg. Wir brauchen eine Diskussion zur Frage welchen Stellenwert wir sauberem Wasser in unserer Stadt geben und welchen Preis wir alle bereit sind, dafür zu zahlen. Denn: Auch heute noch dient die Spree als riesige Abwasserleitung: Immer wenn es zu stark regnet, läuft die Mischwasserkanalisation über und das schmutzige Wasser in die Spree. Durch die zunehmende Medikamentennutzung und den wachsenden Gesundheitsstandort Berlin steigt die Medikamentenkonzentration im Trinkwasser, die Auswirkungen auf Mensch und Tier sind kaum erforscht. Havel und Spree werden zudem mit Schadstoffen aus der industriellen Landwirtschaft aus Brandenburg belastet. Zudem kommt: Die intensiven industriellen und gewerblichen Nutzungen ohne unsere heutigen hohen Umweltstandards haben in der Vergangenheit zu gefährlichen Altlasten geführt. Die Belastung mit Schwermetallen und Dioxinen in Berlins Gewässern ist immens, ein umfassender Sanierungsplan fehlt komplett. Der Traum, in der Spree baden zu können, liegt trotz sommerlicher Strandbars in weiter Ferne.

Unsere Vision ist eine Stadt am Wasser, die für alle zugänglich ist. Im Mittelpunkt steht dabei eine möglichst naturnahe Flora und Fauna, deren Potential zur Erholung und Freizeitgestaltung genutzt werden kann. Um dieses Leitbild zu verwirklichen, brauchen wir eine moderne Gewässerpolitik, die auf die Bedürfnisse der Natur und der BürgerInnen Berlins zugeschnitten ist. Wir haben als Bündnis 90/Die Grünen Berlin 11 Punkte formuliert, die für diese Vision in Berlin wichtig sind. Wir wünschen uns die längst überfällige Diskussion in Berlin, welchen Wert sauberes Wasser hat und welche Maßnahmen die Stadt ergreifen muss.

### ***1. Unsere Spree ist keine verlängerte Kanalisation!***

Kaum zu glauben: In Berlin fließen heute noch ungeklärte Abwässer in die Spree. Hauptursache dafür ist die sogenannte Mischwasserkanalisation, die Abwasser und

Regenwasser gemeinsam entsorgt. Aber auch durch alleinige Regenwasserkanäle strömt kein reines H<sub>2</sub>O. Bevor er in die Gullis fließt, spült der saubere Regen die Hinterlassenschaften von Straßen, Gehwegen und sonstigen asphaltierten Flächen. Bis zu 50 mal im Jahr schwemmt die Kanalisation Fäkalien, Straßendreck und sonstigen Mist in die Spree. Zukünftig werden diese Überläufe sogar noch zunehmen, denn mit dem Klimawandel wird es mehr Starkregenereignisse geben, die die Kanalisation zum Überlaufen bringen. Die Folgen sind direkt spürbar: Der morgendliche Gestank am Landwehrkanal nach einem Gewitter, Fischsterben im Teltowkanal oder das Badeverbot in der Spree sind alles Folgen der überlaufenden Kanalisation. Für uns ist klar: Die Spree darf nicht länger als verlängerte Kanalisation dienen. Der Dreck, der durch die Überläufe der Kanalisation in die Gewässer gelangt, muss reduziert und langfristig abgestellt werden. Ein richtiger Weg war die Stauraumerweiterung der Berliner Kanalisation. Allerdings wird es mit diesem langwierigen und teuren Weg am Ende immer noch bis zu 12 Überläufe pro Jahr in die Kanalisation geben.

*Eine grüne Lösungsstrategie setzt an der Quelle an. Wir wollen versuchen so viel Regenwasser wie möglich aus der Kanalisation rauzuhalten. Das bedeutet, das Regenwasser muss vor Ort durch Verdunstung, Nutzung oder Versickerung dem Wasserkreislauf wieder zugeführt werden. Über den Biotopflächenfaktor (BFF) wird dieser Ansatz bereits in einigen Bezirken beim Bauen festgeschrieben, leider hapert es oft an der Umsetzung. Dabei sollte angesichts der zunehmenden Flächenversiegelung klar sein: Bei Neubauten muss ein solches Regenwasserbewirtschaftungssystem selbstverständlich sein. Im Bestand wollen wir durch ein Förderprogramm nach dem Vorbild anderer Städte wie Hamburg, Bremen oder München Anreize geben, eine Begrünung von Höfen, Dächern oder Fassaden vorzunehmen. Wir wollen für diesen Zweck ein „1000 grüne Dächer“ Programm im Rahmen einer Gründachstrategie auflegen. Bei einer durchschnittlichen Rückhaltung des Regenwassers von 60 % können so rund 350.000 m<sup>3</sup> Regenwasser pro Jahr dem einfließen in der Kanalisation entzogen werden. Das Potential Berlins für begrünte Dächer liegt weit über den 1000 Dächern. Durch eingesparte Niederschlagsentgelte und niedrigere Energiekosten wird nicht nur die Spree sondern auch der Geldbeutel geschont.*

Ein ganz anderer Ansatz ist, alle Abwässer in einem eigenen Kreislauf vor Ort zu verwerten. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist das TerraBoga Projekt im Botanischen Garten, bei dem versucht wird den Kreislauf zu schließen, indem die Toilettenabwässer mit anderen organischen Abfällen zu Kompost verarbeitet werden. Wir schlagen vor, dass gemeinsam mit den rekommunalisierten Wasserbetrieben solche innovativen Alternativen erprobt und ihr Einsatz in Berlin geprüft werden.

## ***2. Mit grüner Energie zu mehr Wasserqualität***

Es rollt eine braune Flut auf Berlin zu. Schuld daran ist die rückwärtsgewandte Kohlepolitik von Berlin und Brandenburg. Aus den Tagebauen der Lausitz gelangen Eisen und Sulfat in die Spree. Das Eisen fällt vorher im Spreewald aus und zerstört dort die Lebensgrundlage von Flora und Fauna. Die rostrote Farbe verschwindet zwar mit dem Ausfällen des Eisenoxyds im Spreewald bis das Wasser die Spree Berlin erreicht. Dafür gelangt mit Sulfat ein viel gefährlicherer Stoff über die Spree in unsere Stadt. Damit schadet die klimafeindliche Kohlepolitik von Abbau und Kohleverstromung unseren Gewässern gleich zweimal. Das Sulfat kann in unserer Stadt zu Schäden an Brückenpfeilern, Bedrohung des Trinkwassers im Süden Berlins und vermehrten Algenwachstum führen. Was hohe Sulfatbelastungen bewirken, kann man heute schon im brandenburgischen Wasserwerk Briesen sehen, wo zukünftig kein Uferfiltrat mehr zu Trinkwasser aufbereitet werden kann, sondern

Grundwasser gepumpt werden muss. Dies ist nicht nur teurer, sondern kann eine Absenkung des Grundwassers zur Folge haben mit verheerenden ökologischen Folgen. Schon jetzt gehört Brandenburg zu den trockensten Gegenden Deutschlands. Im Trinkwasser aus dem Wasserwerk Friedrichshagen ist der Mittelwert 2014 überraschend von 150 auf 180 Milligramm Sulfat pro Liter gestiegen, der Grenzwert liegt bei 250 Milligramm. Hier droht eine ähnliche Entwicklung wie in Briesen, wenn nicht gegengesteuert wird.

Wir brauchen ein längst fälliges Berliner Engagement gegen den fortgesetzten Braunkohle-Tagebau in der Lausitz, für dessen Beendigung wir nicht nur aus Gründen der Energie- und Klimapolitik eintreten.

Statt mit fossiler Energiegewinnung dem Klima zu schaden, Bewohner aus ihren Dörfern zu vertreiben und auch die Gewässer zu schädigen, kann und sollte Berlin besser die Energiepotentiale in der Wasserversorgung nutzen. Wir setzen uns dafür ein, die Abwärmepotentiale des Abwassers in der Kanalisation für die Wärmeversorgung besser zu nutzen. Dabei muss geprüft werden, wie und ob privaten Unternehmen der Zugang zu den Kanälen der Wasserbetriebe erleichtert werden kann, damit die Abwärme optimal genutzt werden kann. Außerdem sehen wir große Chancen bei innovativen Projekten wie CARISMO, welches in Berlin entwickelt wurde. Mit diesem Verfahren kann die im Abwasser enthaltene, chemische Energie viel effizienter als bisher genutzt werden. Bei konsequenter Umsetzung sind Klärwerke nicht mehr die größten Energieverbraucher von Kommunen, sondern können zu Nettoproduzenten von regenerativer Energie werden. Sogenannte Flexi-Kläranlagen können als Energiespeicher dienen und den Überschussstrom der Stadt aufnehmen.

### ***3. Problemstoff Phosphat***

Wer hat es nicht schon mal gesehen? Ganze Algenteppiche sprießen zur warmen Jahreszeit in Berlins Gewässern. Starker Algenwuchs schadet unseren Gewässern. Sie entziehen dem Wasser den Sauerstoff, den andere Lebewesen benötigen, die Seen und Flüsse „kippen um“. Verursacht wird dies durch zu viel Phosphat, welches Grundlage für organisches Wachstum ist. In Berlins Gewässern gelangt Phosphat aus Brandenburg, der dort vor allem durch Rückstände in den Kläranlagen sowie der Landwirtschaftlichen Düngung stammt. Jährlich kommen 98 t Phosphor aus Brandenburg nach Berlin. Aus dem Großraum Berlin-Brandenburg gelangen sogar 220 t/a Gesamtphosphor in die Brandenburger Havelseen. Hier muss dringend reduziert werden. Über die gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg muss ein verbindlicher Maßnahmenplan erstellt und umgesetzt werden. Mit einer nachhaltigeren Landwirtschaftspolitik und einem ökologischeren Düngekonzept kann der Phosphateintrag reduziert werden. Für eine Landwirtschaft, die unsere Gewässer weniger belastet, muss die Stimme Berlins auf Bundesebene deutlicher wahrnehmbar werden.

Weiterhin sind die Nährstoffeinträge aus Berliner Kläranlagen ein großes Problem für Berlins Gewässer, auch wenn diese Einträge in den vergangenen Jahren reduziert worden sind. Immer noch gelangen hierüber etwa 90t/a Phosphor in Berlins Gewässer. Das Ziel muss sein, diesen in solchen Mengen problematischen Stoff drastisch zu reduzieren. Eine Überlegung kann sein, geklärte Abwässer der Stadt in Landschaftsteile, die auszutrocknen drohen, zu leiten. Für den größten Teil des Phosphats allerdings ist eine entsprechende Reinigungsstufe in den Klärwerken die logische Konsequenz. Diese sogenannte vierte Reinigungsstufe muss Teil der Planungen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie sein. Der Senat muss hier gemeinsam mit den Wasserbetrieben einen Realisierungsplan samt Finanzierung vorstellen.

Lobenswert ist die durch die BWB entwickelte Technik, Phosphor aus Abwässern zu recyceln. Diese Technik kommt allerdings bisher nur im Klärwerk Waßmannsdorf zum Einsatz, es muss geprüft werden, ob diese Technik auch in den anderen Klärwerken eingesetzt werden kann. Phosphor ist ein immer knapper werdender Rohstoff, der unter verheerenden Bedingungen für Mensch und Natur abgebaut wird, weshalb jedes Potential zum Recycling von Phosphor genutzt werden muss.

#### ***4. Wichtige Wälder, Schützenswerte Feuchtgebiete und nasse Keller***

Wir sind Waldschützerinnen und Waldschützer. Denn ohne die Berliner Wälder können wir die Wasserversorgung aus der Stadt heraus vergessen. Dem Wald kommt bei der Trinkwassergewinnung eine wichtige und schützenswerte Rolle zu: der Waldboden reinigt als natürlicher Filter das versickernde Niederschlagswasser und unterstützt so sauberes Grundwasser. Er ist damit unersetzlich für die Sauberkeit unserer Trinkwasserbrunnen. Außerdem ist der Wald auf 29.000 Hektar Fläche mit seinen Bäumen, seinen Feuchtgebieten und Sträuchern Lebensort für eine Vielzahl an Tieren und Erholungsgebiet für geplagte StädterInnen. Wir wollen im Wald die naturgemäße Bewirtschaftung weiter entwickeln, dabei auch wilde Waldflächen zulassen, die sich selbst überlassen bleiben und wollen die Naturschönheit der Wälder für alle besser erlebbar machen.

Auch wenn heute der Grunewald nicht mehr trocken fällt, allzu große Schwankungen beim Grundwasserstand tun Bäumen und Feuchtgebieten nicht gut. Deshalb gilt: Die Entnahme von Uferfiltrat zur Trinkwasseraufbereitung muss naturgemäß optimiert werden. Um sensible Ökosysteme wie Moore nicht weiter zu schädigen, braucht Berlin einen Plan, an welchen Entnahmestellen wie viel Wasser entnommen werden darf. Die dazu laufenden Bewilligungsverfahren ziehen sich viel zu lange hin, sie sind stattdessen zügig abzuschließen. Die zulässigen Obermengen für die Trinkwasserentnahme an den jeweiligen Brunnengalerien sind in einer Gesamtbetrachtung festzulegen; Überschreitungen sind zu begründen und durch die Senatsverwaltung zu genehmigen. Bei den Genehmigungen ist darauf zu achten, dass bei der Trinkwasserentnahme die Einhaltung der Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie nicht gefährdet wird. Für etwaige Schäden in Natur und Landschaft müssen stadtweit koordinierte Ausgleichsmaßnahmen getroffen, die - von den BWB finanziert - insgesamt in Wasserschutzgebieten zur Verbesserung der Naturqualität eingesetzt werden.

Der Schutz des Grundwassers und die Absicherung der Trinkwassergewinnung in den Wasserschutzgebieten erfordert es, dass die Vorgaben zu Dichtheitsprüfungen von Grundstücksentwässerungsanlagen und von Abwasseranlagen der Wasserbetriebe ohne Einschränkung von Ausnahmen konsequenter verfolgt werden. Dazu sind auch das Berliner Wassergesetz und die teilweise uralten Wasserschutzgebiets-Verordnungen kurzfristig zu novellieren und der Vollzug zu stärken.

Was an der einen Stelle nicht genug sein kann, bereitet an anderer Stelle großes Kopfzerbrechen: Würde man in Mitte oder Kaulsdorf einen halben Meter graben, so könnte man auf Grundwasser stoßen. Dieser geringe, sogenannte „Flurabstand“ stellt unsere Stadt vor große bauliche Herausforderungen. Während der Bauphase muss immer wieder abgepumpt werden, das Gebäude selbst kommt in eine weiße Wanne zum Schutz vor eintretendem Grundwasser. Da das Grundwasser aufgrund intensiver, industrieller Wassernutzung in der Vergangenheit wesentlich niedriger stand, sind viele Gebäude in Berlin ohne weiße Wanne gebaut. Dadurch kommt es in einigen Teilen Berlins zu Kellervernässungen. Der vom Senat groß angekündigte „Runde Tisch zum Grundwasser“ hat keine wirklichen Ergebnisse

produziert. Was der Senat bis heute nicht geliefert hat, ist eine fundierte Erhebung, wieviel Bauwerke in Berlin von Vernässungen betroffen sind. Nur so ist eine sachliche Diskussion für die gesamte Stadt möglich. Für Bündnis 90/Die Grünen ist die immer wieder geforderte und inzwischen vom Senat zu Recht abgelehnte, flächendeckende Erhöhung der Grundwasserfördermenge keine Lösung. Sie bietet keine verlässliche Garantie, dass die Keller wieder trocken werden, sie führt zu einer Austrocknung der wichtigen Feuchtgebiete und sie führt zu Grundwasserströmungen, die in Hinblick auf die Altlasten nicht verantwortbar sind. Zudem bietet sie keinen Schutz vor Sickerwasserzutritten, einer der Ursachen der Kellervernässungen. . Unser Vorschlag ist, dass die betroffenen Hausbesitzer Beratungsangebote in Anspruch nehmen und in Härtefällen z.B. über die Investitionsbank Berlin günstige Kredite erhalten können.

### ***5. Berlins Gewässer als Erholungsraum für alle***

Baden in der Spree, Radeln an der Wuhle, Flanieren an der Havel, Surfen auf dem Wannsee – wie viele Menschen verbringen wir Berlinerinnen und Berliner unsere Freizeit gerne am Wasser. Doch noch ist dies leider nicht allorts möglich. Die Innenstadtspreewald ist für Kanuten oder SchwimmerInnen gesperrt, durchgehende Uferwege sind urbane Märchen und der Vorrang auf dem Wasser gilt doch am ehesten der motorisierten Berufsschiffahrt. Wir sagen deshalb:

Wir brauchen endlich ein Nutzungskonzept für Berlins Gewässer, allen voran der Spree. Der Zugang aufs Wasser muss gleichberechtigt verteilt werden. Es kann nicht sein, dass Solarboote in den Schleusen warten müssen oder Rudern in der Innenstadt verboten ist, während Ausflugsdampfer ihre Rußschwaden verbreiten. Der Zugang für die Berlinerinnen und Berliner aufs und ans Wasser muss verbessert werden. Landschaftliche Höhepunkte wie zum Beispiel der Zusammenfluss von Spree und Havel in Spandau müssen aufgewertet und allgemein zugänglich werden. Wo es möglich ist, wollen wir Uferwege einrichten und an attraktiven urbanen Orten in der Innenstadt, wo das nicht geht, begehbare Stege an den Rand der Spree legen. Das Netz der Uferwege soll mit dem Netz der grünen Hauptwege in Berlin verflochten werden. Fussgänger- oder Radfahrerwege sollen da neu entstehen, wo die Spree „Barriere“ ist. Seit über 10 Jahren ist Baden in der Spree verboten. Es ist an der Zeit den Sprung ins kühle Nass unseres Hauptstadtflusses wieder zu ermöglichen. In einem Nutzungskonzept Spree müssen auch Badestellen ihren Platz finden. Hier sollten die Initiativen zum Flussbad Berlin und zum Baden im Rummelsburger See integriert werden. So werden aus Leuchtturmprojekten reguläre Badestellen.

Mit dem Schiffchen auf Berliner Wasser zu schippern, ist Tourismusmagnet und Spaß für die Einheimischen. Damit das so bleibt und Dunstschwaden oder dreckige Gewässer nicht überhand nehmen, muss sich einiges ändern: Die Schiffsschrauben der Motorboote führen oftmals zu Sedimentaufwirbelungen in den Gewässern und die ohne Partikelfilter betriebenen Dieselmotoren der Antriebe zu extremer Feinstaubbelastung der Luft in Gewässernähe. Das stellt eine deutliche Beeinträchtigung des Freizeitvergnügens vieler Menschen und des ökologischen Gleichgewichts dar. Muskel- oder elektrisch betriebene Boote sind wesentlich umweltfreundlicher und dürfen deshalb nicht länger benachteiligt werden. Wir wollen die Berufsschiffahrt dabei unterstützen, neue Wege zu gehen mittelfristig komplett mit Partikelfiltern nachzurüsten und langfristig ihre Schiffe auf alternative Antriebe umzurüsten. Neben dem Elektroantrieb bietet sich z.B. auch ein Gasantrieb an, wobei Kombinationen mit der Brennstoffzellentechnik denkbar sind. Damit dieser Umstieg voranschreiten kann, schlagen wir die schrittweise Flankierung mit Förderprogrammen und die Einrichtung der

notwendigen Infrastruktur wie Solar- und Gastankstellen vor. Die gleichzeitige Verbreitung von Power-to-Gas Technologien unterstützt hierbei die konsequente Nutzung von regenerativen Energien auch in der Schifffahrt.

#### **6. Berlins Gewässer als Naturraum stärken und erfahrbar machen**

Berlins Gewässer und ihre Randbereiche sind Lebensraum für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. In Berlins Strategie biologischer Vielfalt und im Artenschutzprogramm spielt daher der Gewässerschutz eine Schlüsselrolle. Das steigert im Übrigen auch die Erlebnisqualität für die Bevölkerung. Wir begrüßen und unterstützen die Gewässerentwicklungskonzepte für die Panke, Wuhle, Tegeler Fließ und Erpe, die unter aktiver Bürgerbeteiligung erarbeitet wurden. Darum setzen wir uns für eine zügige Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen ein. Verbreiterung des Gewässerbetts, Bildung von Mäandern, Altarmen und Auen, Gewässerrandstreifen, Durchgängigkeit der Gewässer, Abflachung und generell Renaturierung der Ufer und Uferwege sind hier die Stichworte. Dabei sind jederzeit BürgerInnen aktiv zu beteiligen, etwa in Form von Flusspatenschaften. Mit einem eigens eingerichteten Sonderprogramm wollen wir an den Uferbereichen der Havelseen, der Dahme und des Müggelsee den Zustand der Röhrichtbestände sowie der noch bestehenden Moore und Feuchtgebiete – neben ihrem Artenreichtum ein wichtiger Kohlenstoffspeicher – verbessern. Im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung und der mit Brandenburg vereinbarten acht Regionalparks unterstützen wir ähnliche Aktivitäten in den benachbarten Gewässern, etwa an den Oberläufen von Spree und Panke, sowie der Erpe und dem Fredersdorfer Mühlenfließ.

#### **7. Nein zu Medikamenten in unserem Wasser!**

In unserer extrem industrialisierten Gesellschaft befinden sich im Wasser mehr und mehr Spurenstoffe wie Medikamente, die in den klassischen Klärprozessen nicht eliminiert werden. Sie gelangen über falsche Entsorgungswege oder menschliche Ausscheidungen in den Wasserkreislauf. Leider können sie bisher an den Kläranlagen nicht ausgefiltert werden. Laut einer Studie von 2015 entsorgen 47 % der BundesbürgerInnen ihre Alt-Medikamente über Toilette oder Waschbecken. Bereits 2010 wurden hohe Werte von Medikamenten anhand des Kontrastmittels Gadolinium im Berliner Wasser nachgewiesen. Welche Wirkung eine permanente Hintergrundbelastung mit Antibiotika- oder Hormonrückständen auf den Menschen hat, ist noch nicht zu Ende erforscht. Bei Fischen wurden bereits Veränderungen im Verhalten durch hormonbelastetes Wasser nachgewiesen. Laut Senat werden in Gewässerabschnitten mit erhöhten Abwasseranteilen wie Vorstadtspre, Tegeler See, Teltowkanal die Umweltqualitäts-Normen bzgl. solcher Arzneimittel wie Entzündungshemmer und Antibiotika teilweise deutlich überschritten.

Generell gilt für uns Grüne das Primat der Abfallvermeidung: Gelangen die Medikamente nicht in den Wasserkreislauf, entfällt eine teure Aufbereitung am Schluss in der Kläranlage. Oberstes Ziel muss es also sein, den Eintrag dieser Spurenstoffe zu verhindern.

Dafür brauchen wir ein Arzneimittelkonzept, welches die grüne Chemie fördert und Maßnahmen enthält, um den Medikamentengebrauch umweltverträglicher zu gestalten, bei der Medikamentenentwicklung die Entsorgung und Abbaubarkeit im Wasser mitzudenken und neue Entsorgungswege für Alt-Medikamente in Berlin aufzuzeigen. Diese Strategie soll unter Mitwirkung der Ärztekammer, der Apothekerkammer, der BSR und der Berliner Wasserbetriebe erarbeitet werden. Es soll die Grundlage für eine Aufklärungskampagne in der Bevölkerung, unter Ärzten und in medizinischen Einrichtungen bilden. So soll ein

funktionierendes Rücknahmesystem für Alt-Medikamente etabliert werden, was es Bevölkerung und Gewerbetreibenden einfach macht, Medikamente umweltfreundlich zu entsorgen. Zudem können hier geeignete Maßnahmen vorgestellt werden, wo Sondertoiletten oder -kläranlagen vonnöten sind, weil beispielsweise in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Spezialärzteezentren eine besonders hohe Konzentration von Arzneimitteln im Abwasser besteht.

Trotzdem darf auch die Reinigungsfrage nicht außer Acht gelassen werden und Berlin sollte mit Forschungseinrichtungen und Netzwerken wie dem Kompetenzzentrum Wasser zur Klärung der Frage kooperieren, wie Abwasser von diesen ultrafeinen Stoffen mit gefährlichen, noch schwer abschätzbaren Wirkungen auf Mensch und Tier gereinigt werden kann.

#### ***8. Umsichtiger Umgang mit Mikroplastik im Gewässer***

Bei dem Thema Mikroplastik handelt es sich um ein Umweltproblem, welches noch zu wenig Beachtung findet. In der Donau wurden mehr ultrafeine Plastikpartikel gefunden als Fischeier. Dieser erschreckende Trend zeigt, wie stark verschmutzt unsere Gewässer mit, fürs bloße Auge nicht erkennbaren, Plastikpartikeln sind. Diese Partikel entstehen beispielsweise durch Abrieb von Fleece-Fasern in der Waschmaschine oder durch den Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikartikeln. Problematisch ist dabei: Tiere verwechseln die kleinen Plastikkügelchen mit Nahrung, kleinere Tiere sind daran schon aufgrund von Nährstoffmangel mit vollem Bauch verendet. Giftstoffe lagern sich an den kleinen Plastikpartikeln ab und gelangen dann in unsere Nahrungskette. In Honig, Trinkwasser und Bier lassen sich diese Plastikpartikel mittlerweile nachweisen. Welche gesundheitlichen Auswirkungen das auf den Menschen hat, ist noch viel zu wenig erforscht. Wir brauchen deshalb endlich ein Messnetz in Berlin, was auch ultrafeine Stoffe erfasst und dokumentiert, um mit einer fundierten Datengrundlage der Wege von Mikroplastik weitere Schritte zur Vermeidung zu planen.

#### ***9. Damoklesschwert Altlasten***

Berlin war mal eines der größten Industriezentren Deutschlands, aus dieser Zeit schleppt die Stadt noch einiges an Altlasten – also Verunreinigungen des Bodens oder der Gewässersedimente – mit sich herum. Diese Bodenverunreinigungen führen zu Schadstoffeinträgen in Oberflächengewässern und dem Grundwasser – eine schleichende Gefahr, die möglichst schnell entfernt werden muss. In der Rummelsburger Bucht beispielsweise schlummert eine meterdicke, giftige Sedimentschicht. Drei von vier Grundwasserkörpern in Berlin verfehlen den guten, chemischen Zustand, vor allem weil es Einträge aus diffusen Sulfatquellen gibt, die erst zu 25% ausgewaschen sind. Und das Wasserwerk Johannisthal läuft nicht zur Trinkwasserversorgung sondern zum Zwecke der Altlastensanierung.

Mit dem Auslaufen des ökologischen Großprojekt „Industriegebiet Spree“ muss sich Berlin die Frage stellen, mit welcher Altlastenstrategie der Rest angegangen wird. Nur so ist der Bodenschutz in Berlin mitsamt den verhinderten negativen Effekten der Gewässerverunreinigung zu gewährleisten. Das bedeutet: Altlasten, die unsere Gewässerqualität beeinträchtigen, dürfen nicht noch weitere Jahrzehnte unsaniert bleiben. Für uns ist klar: Berlin braucht einen umfassenden Altlastensanierungsplan. Für dessen Finanzierung müssen die ursprünglich verursachende Industrie und deren Rechtsnachfolger finanziell beteiligt werden.

### **10. Wasserwirtschaft, Forschung und internationale Zusammenarbeit**

Wasser schafft Arbeitsplätze. Mit vielen Unternehmen, die in der Wasserwirtschaft tätig sind und starken Einrichtungen wie dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin, dem Institut für Gewässerökologie, den Instituten der TU Berlin und der zweijährlich stattfindenden Messe Wasser Berlin ist Wasser ein großer Arbeitgeber. Das kommt nicht von ungefähr. Denn viele Wassertechniken können direkt vor Ort erprobt und angewandt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um auch außerhalb Berlins unternehmerisch tätig zu sein. *Wir wollen Berlin stärker als Schaubühne der Wasserwirtschaft nutzen.*

Die Vielfalt an Forschungseinrichtungen mit den wichtigen Schwerpunkten zu Techniken der Wasserver- und -entsorgung und zu Fragen der Gewässerökologie ist ein großer Gewinn für sauberes Wasser in Metropolen. Wir erachten es für eine wichtige Aufgabe der Landesregierung und der rekommunalisierten Berliner Wasserbetriebe, die Arbeit dieser Einrichtungen zu fördern und mit ihnen weiter zu kooperieren. Diese Erkenntnisse sind nicht nur für Berlin von besonderer Bedeutung, sondern können gerade in Gegenden, wo Wasser knapp und Gegensatz von Konflikten ist, lebensnotwendig sein. Deshalb ist von besonderer Wichtigkeit dabei eine überregionale und eine internationale Kooperation sowie gezielte Aktivitäten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

### **11. Finanzen**

Für den Schutz von Natur und Landschaft ist ein intakter Grundwasserstand wesentlich. Wir sprechen uns daher für die Einführung einer Zweckbindung beim Grundwasserentnahmeentgelt aus, das derzeit in Höhe von 31 ct./m<sup>3</sup> und in einem Gesamtbetrag von rund 50 Mio. € jährlich erhoben wird. Diese Gelder werden vor allem für die Straßenregenentwässerung verwendet. De facto versickern sie also im Gesamthaushalt. Sie werden aber dringend benötigt, um den eigentlichen Zweck, der im Wassergesetz steht, zu erfüllen, nämlich dem „Schutz der Menge und Güte des vorhandenen Grundwassers, [...] sowie [...] der Abwehr von Gefahren und Beseitigung von Schäden an diesem“. Mit solch einer Zweckbindung wird der ökologische Zustand der Berliner Gewässer verbessert und insgesamt die biologische Vielfalt in der Berliner Stadt- und Naturlandschaft geschützt.

Intakte Gewässer sind eine Grundvoraussetzung für sauberes Wasser und eine lebenswerte Stadt. Im wachsenden Berlin keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis ständiger Investitionen. Aktuell hat sich einiges aufgestaut: Die Nicht-Umsetzung der Gewässerkonzepte zur Wuhle, Panke und dem Tegeler Fließ oder die anstehende vierte Reinigungsstufe – sei es für Spurenstoffe oder Phosphat - zeigen, dass wir noch erhebliche Investitionen tätigen müssen, um den „Umweltschatz Wasser“ zu bewahren.